

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und demokratischen Organisationen und amtliches Organ der Arbeitervereine. Schriftleitung: W. Wächterstraße 6. Verlags- und Anzeigengeschäft: W. Wächterstraße 6. Telefon: 24605, 24607, 24608. Vertikale Anzeigengestaltung mitaus von 13 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 2,00 und 0,50 RM. Subskriptionsgebühr, insgesamt 2,50 RM. für Abholer wöchentlich 0,50 RM. Vorkaufspreis 2,50 RM., durch Vorkauf zugeteilt 2,70 RM., bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,80 RM. — Anzeigenpreis 13 Pf. im Anzeigen- und 20 Pf. im Reichsanzeiger. Im Reichsanzeiger: W. Wächterstraße 6. Verlags- und Anzeigengeschäft: W. Wächterstraße 6. Telefon: 24605, 24607, 24608. Schriftleitung: 2019 Weimar.

Ein Erfolg der Front der eisernen Nerven: Überall kommunistische Streikpleite Wille und Kraft der deutschen Arbeiter Im Kampf gegen die Not mit Vernunft und sozialistisch-gewerkschaftlicher Disziplin

Deutschlands Eckpfeiler

Der von den Kommunisten für Anfang Januar angekündigte Generalstreik ist wegen des Wunsches in Erscheinung getreten. Die SPD-Strategen sind um eine Niederlage reicher.

Von dem deutschen Arbeiter könnten in Deutschland manche Dinge etwas lernen. Vor allem die Herrschaften, die es sich in den Kopf gesetzt haben, sie allein könnten und müßten den deutschen Arbeiter führen. Bei manchen dieser Herrschaften ist die Einbildungskraft so stark, daß sie allen Errites den deutschen Arbeiter für einen Generalstreik mobilisieren zu können glauben, der unmittelbar nach Ausbruch einsetzt sollte. Die großmühtigen Generalstreikstrategen der kommunistischen Revolutionären Niederlage-Resistenzopposition haben jedoch ihre Rechnung ohne den deutschen Arbeiter gemacht. Dieser deutsche Arbeiter ist nicht so dumm wie die, die sich aus eigener Machtvollkommenheit zu ihrem Führer aufwerfen wollen.

Die Generalstreikparole verwandelt sich binnen 24 Stunden in eine Streikpleite

Überall im Reich und vor allem in Westdeutschland, im Ruhrgebiet, fielen die kommunistischen Streikführer bei den Arbeitern ab. Als Zeremonien der kommunistischen Stößtruppe, durch die die Arbeiter gezwungen werden sollten, einen Streikflügel mitzumachen, waren vorgesehen. Wo die Streikparole da und dort besagte wurde aber unter Druck wohl oder übel mitgemacht werden mußte, woran kaum etwas von einer Zustimmung auf die betreffenden Industrien zu spüren. Weder in Berlin noch in Dortmund noch in Essen noch in Köln noch sonst irgendwo fand die Streikparole der KPD ein nennenswertes Echo. Die Presse konnte daher bereits am Montagabend ganz allgemein das Scheitern der großen kommunistischen Streikaktion feststellen.

Die Kommunistenpleite ist offenkundig.

Die Plamage der kommunistischen Propagandisten ist riesengroß; denn zu keinem Zeitpunkt konnten sie mehr auf Anfang rechnen als in diesem Augenblick. Wie war der deutsche Arbeiter mehr von Erbitterung und Empörung erfüllt als in diesen Tagen, und gerade der Bergarbeiter, dem die Notverordnung besonders übel mißfiel, hätte Grund genug, mit der Faust auf den Tisch zu schlagen oder die Brandstempel in die Gasse zu feuern. Der Kohlenarbeiter, der im Hinblick auf seine harte Arbeit von Rechts wegen mit seinem Lohn an der Spitze stehen müßte, steht weit hinten an 14. bis 16. Stelle, und die Notverordnung hat seinen Lohn nicht wie bei den meisten übrigen Arbeiterkategorien auf den Stand vom Januar 1927, sondern auf den Hungerstand von 1925 heruntergedrückt. Warum das geschah, ist bekannt, auch dem Bergarbeiter bekannt. Er weiß, was

der englische Inflationsexport für die deutsche Kohle in den Kampfgebieten der Konkurrenz

bedeutet. Aber von dieser Erkenntnis wird er nicht last. Mit Recht behauptet er sich darüber, daß die Regierung nicht zwischen seiner Notlage und der Jauchelage des Kohlenarbeiters einen vermittelnden Ausgleich angestrebt hat. Was man dem Bergarbeiter im Lohnabbau aufgeopfert hat, ist ein Unrecht und bleibt ein Unrecht, und dieses Unrecht muß verschwinden, und wir werden wohl kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß man auch im Reichsarbeitsministerium von der Unhaltbarkeit der Lohnregelung der Bergarbeiter überzeugt ist.

Wenn man sich das alles vergegenwärtigt und wenn man daran denkt, wie auch über den Kreis der Bergarbeiter hinaus in den deutschen Inhabitriererebenen in diesen Tagen die Not durch alle Gassen schreit, wie überall der Lohnabbau den Hungerriemen noch enger schnürt, dann grenzt es geradezu ans Wunderbare,

daß der Funke der Streikparole der Kommunisten nicht gezündet hat

Der deutsche Arbeiter ist, wie das Beispiel zeigt, ein tüchtiger Mensch. Bewährt durch viele bittere Erfahrungen im Laufe des letzten Jahres betrachtet er seine Lage kaltblütig-kritisch; aber auch er ist doch schließlich nur ein Mensch, und wir würden uns nicht wundern, wenn da und dort auf einer Grube oder in einer Fabrik ein paar hundert Mann der kommunistischen Streikparole gefolgt ist.

Wenn die Arbeitererschaft überall in übermäßiger Mehrheit es abgesehen hat, den kommunistischen Generalstreikflügel mitzumachen, so ist das ein Tatbestand, der bei der Regierung und nicht nur bei ihr, sondern überall im Reich stärkste Beachtung und Achtung verdient; denn darüber geben sich doch wohl die maßgebenden Stellen keiner Täuschung hin: die Ruhe, auf die die Generalstreikparole der Kommunisten stieß, ist eine unheimlich

liche Ruhe. Die Selbstherrschung des deutschen Arbeiters darf die maßgebenden und verantwortlichen Stellen nun nicht etwa dazu verleiten, sich einzureden, es sei alles in Ordnung.

Es wäre verhängnisvoll, wenn die Regierung sich durch die vorbildliche Haltung des Arbeiters nun etwa einfallen ließe

Die Gewerkschaften werden, soweit es auf sie ankommt, dafür sorgen, daß die Selbstherrschung des deutschen Arbeiters nicht falsch gedeutet wird. Diese Selbstherrschung ist, wie auch in den Reihen der christlichen Gewerkschaften neuerdings mit besonderer Betonung hervorzuheben wird, der erstaufrichtige Akt der Anstand und Anstand. „Die Gewerkschaften“, so schreibt z. B. die „Sozial-Demokratische Korrespondenz“, die vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften herausgegeben wird, in einer beachtenswerten Neujahrsbetrachtung, „wollen, um was es geht. Sie haben nicht umsonst jahrzehntlang gekämpft um ihre gleichberechtigte Einordnung in das Ganze. Jetzt gilt es über alle Gegenstände hinweg die wesentlichen Grundzüge des Christentums in die Zukunft hinüberzureiten.“

Die gewerkschaftliche straffe Schulungsarbeit langer Jahrzehnte ist nicht vergeblich gewesen

Sie hat den Arbeiter gelehrt, daß in Notzeiten ihr größter Feind radikale Unbeherrschung ist, die wohl alles erschlagen kann, aber nicht einen einzigen Baustein zum Wiederaufbau zu liefern imstande ist.

Nicht die Polizei hat die Streikaktion der KPD verhindert, wie die Reichspresse mit deutlicher Stimmungsmache für die Kommunisten die Dinge darstellt, sondern die gewerkschaftliche Schulung der Arbeitererschaft. Die Gewerkschaftsfront ist keine Front von Rekruten. Ihre Soldaten haben Nerven. Nicht nur die Breiten von 1866 — auch die Gewerkschaften scheuen nicht so schnell. Ihre Front ist die Front der eisernen Nerven. Diese Front ist bei der Regierung nachstehenden christlichen Gewerkschaften „besonders wertvoll“, wenn nicht der einzige Eckpfeiler einer Regierung, die Ordnung und Wiederaufbau erstrebt“, genannt worden. Um so mehr darf diese Front dann aber auch die Regierung darauf aufmerksam machen, daß die Deutschland noch bevorstehenden schweren Tage

Schweres Bergwerksunglück in Beuthen

14 Bergleute eingeschlossen - Rettungsversuche bisher erfolglos

Beuthen, 5. Januar.

Auf der hiesigen Kartzen-Zentrums-Grube erfolgte am Montag um 18 Uhr ein heftiger Bergsturz, der eine Vorrückungsstrecke und zwei benachbarte Arbeitsstellen in Mitleidenschaft zog und einen großen Bruch verursachte, durch den 15 Bergleute abgetrennt wurden. Die sofort unter Mitwirkung der Bergbehörde einsetzenden Rettungsarbeiten konnten nach kurzer Zeit einen Fördermann unter Rettung als Tageslicht bringen. Wegen 20.30 Uhr erfolgte ein

weiterer Bergsturz, der die Rettungsarbeiten gefährdete. Das Oberbergamt Breslau teilt heute früh um 7 Uhr mit: Auf der Kartzen-Zentrums-Grube, die von dem genannten schweren Bergsturz betroffen worden ist, gehen die Rettungsarbeiten nur sehr langsam vorwärts. Das Gebirge befindet sich immer noch in Bewegung. Mit den verschütteten 14 Leuten konnte noch keine Verbindung aufgenommen werden. Es muß damit gerechnet werden, daß sie tot sind. Die Rettungsarbeiten werden mit allem Nachdruck fortgesetzt.

Kampf um den Braunschweiger Staatsbankpräsidenten

Koalitionsfrach im Klagges-Lande

Nationalisten gegen tschechische Geschäfte / Wie Nazis Politik machen

Braunschweig, 4. Januar. (Eigenbericht.)

Im Braunschweiger Regierungslager ist ein heftiger Kampf im Gange. Nazis und Deutschnationale beschuldigen sich gegenseitig der Korruption. Neuerdings hat die Seite der Nazis den deutlichen Nationalisten Dr. Rüdenthal zu der Erklärung veranlaßt, daß er bei der Staatsbank niemals ein Konto persönlicher Art mit den Direktoren des Direktoriums geflohen und er sich auch niemals um die Stellung des Staatsbankpräsidenten bemüht habe.

Demnach liegt ein Vorfall bei der Braunschweiger Staatsbank zugrunde. Der Präsident dieser Bank hat kürzlich Aktien der Helmstädter Hütte an den tschechischen Mühligen-Konzern

verkauft. Die Nationalsozialisten beantragten daraufhin gegen die Staatsbankentlastung eine parlamentarische Untersuchung. Bis zur Klärung der Angelegenheit hat der deutliche Nationalist Finanzminister Dr. Rüdenthal den Staatsbankpräsidenten auf dessen Bitte beurlaubt. Das aber genügt den Nationalsozialisten nicht. Sie verlangen die Amtsenthebung des Staatsbankpräsidenten und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen ihn, trotzdem bisher konkrete Beweismittel gegen den Staatsbankpräsidenten keineswegs vorliegen. Infolge dessen sträuben sich außer den Deutschnationalen auch die Volksparteier, der Förderung der Nationalsozialisten zu entsprechen. Die abtönende Haltung der Volksparteier ist schließlich auch darauf zurückzuführen, daß der beurlaubte Staatsbankpräsident ihr als Mitglied angehört.

Der Berrückte kann bei Hitler was werden!

Ein schimpfender Nationalsozialist mit einer Chance

Glauchau, 4. Januar. (Eigenbericht.)

Der 53jährige nationalsozialistische Budgetler Neumann wurde hier wegen Vergehens gegen das Republikstrafgesetz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Neumann hatte nach einem verlorenen Prosch an den Oberstaatsanwalt aus Zurücksetzung eine offene Karte geschrieben, auf der es hieß: „Die Rechtsauffassung des Oberstaatsanwalts findet nur bei Strolchen, Banditen, bei jüdischem und marxistischem Gesindel Anwendung. Diese Rechtsauffassung ist nur möglich in den verpeilten, stinkenden Tüpfeln, das sich vom Volk-

betrug nähert. Wir sprechen uns wieder, Herr Oberstaatsanwalt! Heil Hitler!“

Bis der Staatsanwalt gegen den Räpel drei Monate Gefängnis beantragt hat, steht der „raube Räpel“ Hitlers das Gericht folgendermaßen an: „Schicken Sie mich zum Tode an, Sie werden mich freuen!“, der Mann gehört nicht ins Gefängnis, sondern in eine Terevenheimanstalt! Trotzdem wurden dem Räpel mildernde Umstände verjagt. Immerhin hat er die Ehre, angeklagt seiner Berrücktheit bei Hitlers noch einmal etwas zu werden.

Schluß mit den Reparationen

Die Diskussion in Frankreich

Paris, 4. Januar. (Eigenbericht.) Die größte und sehr angesehene französische Provinzzeitung, die in Toulouse erscheinende radikale "Dépêche", hat einen Artikel über die Reparationsfrage veröffentlicht, der großes Aufsehen erregen dürfte. In diesem Artikel verlangt der politische Direktor der Zeitung von der französischen Regierung den "vollständigen und endgültigen Verzicht auf die deutschen Reparationszahlungen".

Es heißt dann weiter: "Wir würden dabei nicht nur nichts verlieren, sondern ohne Zweifel damit erreichen, daß wir die Anklagen der Mehrheit des deutschen Volkes entmannen und auf diese Weise das Wahlprüfungsritual fördern. Deutschland macht in der Tat eine Periode unerschütterlicher Not durch, aber Deutschland hat nicht, wie man oft behauptet, kein Geld organisiert. Die Historiker erzählen den Deutschen Schamermärchen über die Ursachen der Not, und sie haben schließlich große Waffen davon überzeugt, daß

die Reparationen, die nur 12 Proz. der Ausgaben des Reiches ausmachen,

die einzige Ursache des Zusammenbruchs sind. Wenn man Hitler dieses Argument nimmt, wird man ihm drei Viertel seiner Rückzahlung nehmen und Deutschland eine Revolution ersparen, deren Folgen und Mißstände niemand voraussehen kann. Wir haben oft behauptet, daß es zwei Deutschland gibt, ein raschfüßiges und kriegerisches, und ein anderes, das sich langsam überlebt, und das den Krieg nicht einbringt und ein neuer Konflikt vielmehr das Ende der europäischen Zivilisation bedeuten würde, statt daß eine Annäherung zwischen unseren beiden Ländern eine Ära des Friedens und des Wohlfühlens eröffnen würde."

Der Vorschlag der "Dépêche" von Toulouse, endgültig auf die deutschen Reparationszahlungen zu verzichten, löst in den übrigen französischen Zeitungen allgemein Ablehnung aus.

Der gemäßigtere "Paris Midy" schreibt: "Wie kann man gegenwärtig etwas Endgültiges schaffen? Heute ist das Endgültige nur auf dem Gebiet der Opfer möglich, aber nicht auf dem Gebiet der Garantien. Frankreich kann sehr wohl ohne Hoffnung auf einen Gegenbericht auf die Zahlung Deutschlands verzichten, aber wenn es als Gegenleistung ein Mindestmaß an Sicherheit politischer oder finanzieller Art verlangt, löst es auf ein doppeltes Hindernis: Washington und Berlin. Wie können, wenn Amerika bezahlt werden will, seine Schuldner Deutschland von jeder Zahlung befreien?"

Der nationalistic "Figaro" erklärt, der Vorschlag der "Dépêche" fordere geradezu zum Spott heraus. Seine erste Folge wäre die Abkehr der Amerikaner von der Unterstützung der Reparationen. Die Reparationen sind im Programm der Nazis wie in dem der Weimarer Parteien fest. Die Überstellung Großdeutschlands mit Hilfe des Anschlusses, die Rückgabe des polnischen Korridors, Polnisch-Oberschlesiens, Eupen und Malmedy und trotz Vorrats des Eisens folgen.

Der "Temps" befürchtet sich vorläufig auf die Feststellung, daß man in dem Artikel der "Dépêche" eine Melodie erkenne, die schon oft von dem Sozialisten Léon Blum gefungen worden sei.

Gerüchte über Reparations-Demarchen

Keine neuen Vorforderungen an die deutschen Vorkämpfer

Paris, 4. Januar. (Eigenbericht.) Die am Montag vom "Journal" veröffentlichte Meldung seines Berliner Korrespondenten, daß der deutsche Vorkämpfer von Hoeft sowie die Vorkämpfer in London und Rom in dieser Woche Demarchen bei den verschiedenen Regierungen unternehmen sollen, um diese über den "endgültigen Standpunkt der Reichsregierung in der Reparationsfrage" zu informieren, ist, wie der Korrespondent des "Soz. Volksdienst" in Paris erzählt, nicht zutreffend. Vorkämpfer von Hoeft hat während eines kurzen Aufenthaltes in Berlin mehr mit dem Reichskanzler noch mit dem Staatssekretär von Bülow gesprochen können, da beide bereits waren. Auch in der Zukunft hat von Hoeft keine Befugnis betreffend einer besonderen Demarche bei der französischen Regierung erhalten. Der deutsche Standpunkt in der Reparationsfrage ist allgemein bekannt, so daß neue Befugnisse überflüssig wären. Allerdings wird der Vorkämpfer in den nächsten Tagen Laal und Briand Besuche abtatten, die aber mit dem Reparationsproblem nicht unmittelbar in Zusammenhang stehen.

China droht dem Völkerbund

Gegen die Beizung Schinkaus

Schanghai, 4. Januar. (Eigenbericht.) Die chinesische Regierung hat dem Völkerbund telegraphisch um die sofortige Einberufung des Völkerbundesrates ersucht. Der Antrag wird mit der Beizung von Schinkaus durch die Japaner begründet. Die chinesische Regierung hat anfänglich des neuen Vorkämpfers der Japaner seitlich des Fujian Erna eine Note an den Völkerbundsrat gerichtet, in der sie Japan für alle Folgen der legitimen Verteidigung ihres Landes verantwortlich macht. Unter Mitwirkung der Briten und Bruch der dem Völkerbund gegenüber eingegangenen Verpflichtungen habe Japan neue schwere Kämpfe hervorgerufen. Die Erklärung des japanischen Außenministers, daß die neuen Offensive eine Schutzmaßnahme gegen Banditen, darstelle, widerspreche vollkommen den Tatsachen. Noch am 27. Dezember 1931 sei eine gemischte Brigade aus Korea zu den Offensivtruppen geholt worden. Die Kämpfe hätten ausschließlich der regulären chinesischen Armee- und Polizeitruppen geübt. Am Schluß der Note, die vom 31. Dezember 1931 datiert ist, werden vom Rat sofort wirksame Maßnahmen verlangt. Der englische Militärattaché in Schinkaus meldet, daß die Chinesen alle Truppen aus der Stadt zurückgezogen haben. Er bestätigt ferner die chinesischen Telegramme an den Völkerbund, nach denen die Japaner große Truppenverfügungen erhalten und die ihrerseits zahlreiche chinesische Städte und Ortschaften sowie Schinkaus selbst bombardiert haben.

Keltestenrat am 12. Januar

Keine Mehrheit für Reichstagsauflösung

Reichsratspräsident Cöbe hat den Keltestenrat des Reichstages für Dienstag, den 12. Januar, 11 Uhr vor Mittags, einberufen, um eine Einigung über den neuen Antrag der Kommunisten auf vorzeitige Reichstagsauflösung herbeizuführen.

Angelehnt der internationalen Lage und der schwerwiegenden und bevorstehenden internationalen Verhandlungen wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß der Antrag auf vorzeitige Einberufung des Reichstages auch diesmal keine Mehrheit finden wird.

Abgewiesene Nazi-Schadenersatzklage

Sie wollten 9092 Mark von preußischen Fiskus wegen eines Dreifederbrot

Hannover, 4. Januar. (Eigenbericht.) Das hannoversche Finanzorgan, das im März vorigen Jahres vom Oberpräsidenten Roste wegen Beleidigung des preußischen Ministerpräsidenten und des verstorbenen Reichstagsmarschall Hermann Müller auf drei Wochen verboten worden und auf Grund dessen Bescheidurde beim Reichsgericht das Verbot auf zwei Wochen betrieft wurde, hatte gegen den preußischen Ministerpräsidenten und den Oberpräsidenten eine Schadenersatzklage in Höhe von 9092 Mark eingeklagt. Die Klage ist jetzt von der dritten Zivilkammer des Reichsgerichts Hannover abgewiesen worden.

An der Begründung des Urteils heißt es, daß sich Oberpräsident Roste keine Amtspflichtverletzung habe zuzulassen kommen lassen und auch kein materiell unbegründetes Verbot erteilt habe. Daß die Beleidigung (Oberpräsident und Ministerpräsident) in dem Urteil keinen Verstoß gegen das Gesetz enthält, könne nicht als fahrlässiges Verhalten angesehen werden. Auch die Behandlung der Beschwerde sei nicht fahrlässig gewesen.

Vorstand des ZGB.

Am Montag trat der Vorstand des ZGB in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Zur Beratung stand u. a. der Bericht über die Lage der Gewerkschaften in Belgien, Amerika, den südafrikanischen Ländern, die demnach in Genf stattfinden werden, wurden verschiedene Maßnahmen beschlossen, um ein engeres Zusammenarbeiten mit der Gewerkschaftsbewegung Lateinamerikas herbeizuführen.

Schneeschmelze — Hochwasser!

Die Alpen aus allen Gegenden. Die Schneeschmelze ist im Erzgebirge auf dem Schneeberg der Reichsbahn der Strecke zwischen Bärenzsch, Johannisbad und Caucen in Höhe von 9092 Mark eingeklagt. Die Klage ist jetzt von der dritten Zivilkammer des Reichsgerichts Hannover abgewiesen worden.

Auch von den hohen des Welterwaldes und des Taunus kommen infolge der Schneeschmelze große Wallerungen, so daß auch hier die Gebirgszüge außerordentlich stark angeschwollen sind. Der Elbe und die Cahn sind an vielen Stellen bereits über die Ufer getreten.

Das gleiche gilt von Neckar, dessen Wasser ebenfalls überall schnell ansteigen und dessen Nebenflüsse Roder und Jagst insbesondere große Wallerungen, in dessen Tälern die Schneedecke vollständig verschunden ist. Bei Appenweier ist der Bahndamm an einer Stelle bereits unterlief, so daß der Verkehr auf der Strecke Appenweier-Reith gestoppt ist.

Die Schneeschmelze Paris-Aegy-Appenweier werden über Mittelberg geteilt. Der Oberreis ist hier bereits um einen Meter gestiegen.

Im Riechengebirge ist der Schnee ebenfalls fast gänzlich verschwunden. Nur noch vom Kamm wird eine Schneehöhe von 20 bis 30 Zentimeter gemeldet. Auch der Harz ist fast gänzlich schneefrei.

Reichsbank günstig am Jahresende

Bermehrung der fremden Gelder / Golddeckung 24,2 Prozent

Die Reichsbank zeigt zum Jahres-schluß, der immer die stärksten Ansprüche von Banken und Wirtschaft bringt, ein relativ günstiges Bild. Die Anzahlprüfungen neuer Reichsbanktreibnisse war sehr viel geringer als in früheren Jahren.

Nach dem Ausweis vom 31. Dezember hat in der letzten Dezemberperiode der Bestand an Handelsaktien um 408,8 auf 4144,0, der Bestand an Lombardaktien um 88,3 auf 244,6 Millionen Mark zugenommen. Es wurden 42,8 Millionen Reichsmarkwechsel neu disponiert, so daß sich die Bestände auf 97,9 Millionen Mark erhöhten. Offenbar war die Vorlage der großen Bank für Jahresstimmte aber recht beträchtlich, so daß sich auf dem Geldmarkt keine eigentliche Anspannung zeigte. Ein Zeichen dafür ist die sehr beträchtliche und ungewöhnlich starke Vermehrung der fremden Gelder auf dem zinsfreien Girokonto um 348,2 auf 759,9 Millionen Mark. Freilich ist dabei zu berücksichtigen, daß der Anwerdungsabzug von Reichsbanktreibnissen engere Grenzen als früher gezogen waren, weil die den Banken eröffneten Kontingente schon bisher immer sehr stark in Anspruch genommen worden waren.

Entsprechend dieser relativ geringen Kreditanforderungen nahm auch der Umlauf an Reichsbanknoten beträchtlich ab. Der Umlauf an Reichsbanknoten betrug zum Jahres-schluß 24,2 Proz. gegen 25,6 Proz. in der Vorperiode.

Der Notenumlauf vermehrte sich um 265,6 auf 4775,8, der Umlauf an Rentenbank scheitern um 8,5 auf 421,9 Millionen Mark. Der

Umlauf an Rentenbank scheitern um 8,5 auf 421,9 Millionen Mark. Der

Umlauf an Rentenbank scheitern um 8,5 auf 421,9 Millionen Mark. Der

Umlauf an Rentenbank scheitern um 8,5 auf 421,9 Millionen Mark. Der

Gandhis Verhaftung

London, 4. Januar. (Eigenbericht.)

Gandhi ist am Sonntag in Bombay verhaftet worden, ebenso der Kongresspräsident Patel. Diese Verhaftungen sind in erster Linie auf den neuen Boykottbescheid der Kongresspartei gegen englische Waren und auf positive Besten gegenüber den Verhandlungen der Regierung zurückzuführen. Gleichwohl sollte England nach dem Scheitern der Londoner Konferenz zur Befriedigung der fernerseitigen der Arbeiterregierung angelegentlich Verhaftungsdekreten gezwungen werden. Bislang noch Willington hat jedoch in Absichterhaltung mit der englischen Regierung jede Unterbrechung mit Gandhi über die Regierungsmassnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung abgelehnt. Die englische Regierung hat in letzter Zeit wiederholt erklärt, daß die Verhaftungsreform beschleunigt werde, aber keine Regierung könne zulassen, daß man ihre Bedingungen durch Drohungen aufhebe.

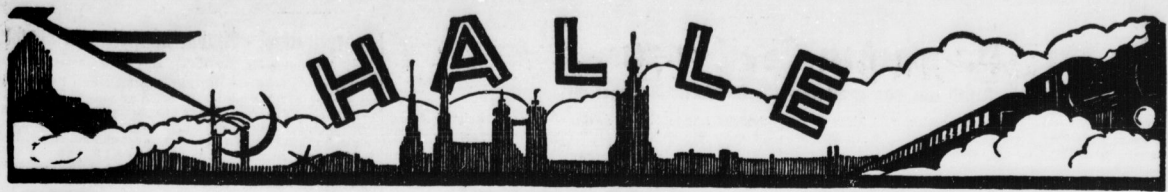
Angelehnt der Verhaftung Gandhis erwartet man in allen größeren Städten Indiens bereits heute Demonstrationen und sofortige Durchführung des Boykotts.

Abg. George Lansbury als Führer der Labour Party in Unterhaus, hat die indische Regierung vor der Verhaftung Gandhis dringend um eine vorläufige Haltung gegenüber der Kongresspartei erludt. U. a. forderte er, daß in einer Unterbrechung zwischen Gandhi und dem Bizeigent auch die umstrittenen Verhandlungen beproben werden.

Die Wetterkatastrophe

In Dithmarschen scheint die größte Hochwassergefahr bereits überwunden zu sein. Allerdings ist die Talperre Waller bereits am Montag mittig überlaufen. Der Zufluß betrug 31 Kubikmeter pro Sekunde. Ferner ist die Talperre Behmühle bei einem Zufluß von 28 Kubikmeter pro Sekunde vollgelaufen. Die Klingenberg Talperre, die dritte in der Umgebung von Drosben, ist bei einer Aufnahmefähigkeit von 17 Millionen Kubikmeter Wasser bereits mit 15 Millionen Kubikmeter gefüllt. Da der Schnee im Erzgebirge jetzt oder vollkommen abgetrieben ist und auch der Regen, der seit Sonntag früh niedersch, bereits nachgelassen hat, glaubt man, daß das Hochwasser seinen Höhepunkt bereits überschritten hat. In verschiedenen Teilen des Landes, z. B. in Jochopp, Tal, bei Ditha und bei Klingenthal, mußte der Eisenbahnteer überbrochen werden. Teilweise haben die Lokomotivführer Vorkehrungsbesuche erhalten.

Auch in der Provinz Hannover wird durch Regenfälle der letzten Tage und durch das plötzliche Eintreten von Lawen in den Bergen an zahlreichen Stellen erhebliche Hochwasserstände beobachtet worden. Am Harz wurde der Bau der Dertalperre bis auf weiteres eingestellt. 600 Arbeiter werden entlassen. Die Pressestelle der Reichsbahn Hannover teilt mit, daß im Reichsbahndirektionsbezirk Hannover infolge des Unwetters an verschiedenen Stellen Betriebsstörungen eingetreten sind. Der Personenverkehr wird durch Umleitungen oder Umleitung aufrechterhalten.



Die Not der Presse

Die „Frankfurter Zeitung“, die als eines der kaum weniger aufrechten bürgerlichen Gesinnungsblätter ebenso wie die sozialistische Presse nicht auf ein hauptsächlich erwerbemäßig orientiertes Anzeigengeschäft begründet ist, veröffentlicht folgende Erklärung über die Not der Presse, die im wesentlichen auf die gesamte unabhängige politische Presse Deutschlands zutrifft:

Die Einnahmen einer Zeitung setzen sich zusammen aus Anzeigen einnahmen und Bezugsgebühren. In wirtschaftlich günstigen Zeiten waren die Einnahmen aus Anzeigen so hoch, das Rückgrat der Zeitungen, daß diese den Bezugsnehmern zu einem Preis geliefert werden konnten, der nur einen Bruchteil der Vertriebskosten betraf.

Der durch die Weltkrise hervorgerufene Rückgang der Anzeigen macht heute den Bezugspreis zum eigentlich tragenden Faktor der Einnahmen. Das Verhältnis, in dem Anzeigeneinnahmen und Bezugsgebühren zur Gesamteinnahme beitragen, hat sich im Vergleich zu früher vollkommen umgekehrt. Die Anzeigen steuern heute nur 40 Prozent zu unseren Gesamteinnahmen bei, den Rest von 60 Prozent muß das Abonnement bringen.

Die natürliche Forderung aus dem Anfall in den Anzeigeneinnahmen hätte eine Erhöhung des Bezugspreises sein müssen, zumal da die Anforderungen an den unvollständigen eigenen Nachrichtenendienst im In- und Ausland, an die redaktionelle Sorgfalt, Anzeigensort und Zeitung, und an den Druckapparat ständig gewachsen sind und zum Teil in dieser Krisenperiode Zeit weiten müssen; sie machen jetzt 63 Prozent unserer Gesamtaufwendungen aus.

Die „Frankfurter Zeitung“ meint nach alledem, daß eine Erhöhung des Bezugspreises gerechtfertigt wäre. Sie werde nicht erheben, aber auch keine Senkung des Bezugsgebühres eintreten lassen.

Für die sozialdemokratische Presse ist das Verhältnis zwischen der Höhe der Anzeigeneinnahmen und dem Bezugsgebühren noch ungünstiger, obgleich sich die Anforderungen an den redaktionellen Dienst im Verhältnis zur Fortschrittlichkeit noch mehr als bei dem schon stets sehr stark ausgebauten Reaktionsapparat der „Frankfurter Zeitung“ gesteigert haben.

Neujahrsgriße und Wirtschaftskrise

Jedesmal mit dem Beginn des neuen Jahres hat die Reichspost eine reiche Neujahrsgriße zu veröffentlichen. Da werden nämlich Willkürliche Neujahrswünsche — private und geschäftliche — in die Welt hinausgeschickt; und da diese Willkürlichen Neujahrsgriße neben der gewöhnlichen Post einbezogen, hat die Post gewaltige Mehrarbeit zu leisten.

In diesem Jahre hat naturgemäß die allgemeine Wirtschaftskrise sich auch bei dem Neujahrsgriße der Post ausgedeutet. Der Rückgang bei in den ballistischen Poststellen aufgestellten Postkästen dürfte sich, wie uns die Oberpostdirektion mittelt, auf 5 bis 6 Prozent belaufen. Auf dem Postamt 2, ThienstraÙe, in dem die gesamte Reichspost aus dem neun übrigen Postämtern und den 197 Ortsbriefstellen und 26 Landbriefstellen zusammenströmt, herrschte diesmal innerhinh vier ein Meilenbetrieb. Der war jedoch im großen und ganzen mit eigener Personal zu schaffen, so daß nur wenige Arbeitslose als Hilfskräfte Einstellung fanden.

Neubaumieten werden gesenkt

Die Mitglieder des Bauvereins für Kleinwohnungen in Halle haben dieser Tage den in der Notverordnung vorgeschriebenen vorläufigen Bescheid erhalten, in welcher Höhe ab 1. Januar die Miete zu zahlen ist. Darans ergibt sich eine Senkung der Neubaumieten um etwa fünf Prozent. Wie es in einer Verlautbarung des Bauvereins heißt, könnte die Ermäßigung noch höher sein, wenn schon feststünde, ob die bisher gestiegenen Miet- und Zinszuschüsse der Stadt, des Staates und der Arbeitgeber künftig weitergezahlt werden. Die Erparnisse an Hypothekenzinsen auf Grund der Notverordnung betragen bei diesem Bauverein rund 140 000 Mark. Dazu kommen noch 20 000 Mark, die bei den Verwaltungen und Betriebsstellen eingepart worden sind, die ebenfalls zur Mietenentlastung verwendet werden.

Stoffe „engros“

Durch Einbruch ist in der vergangenen Nacht aus einem Schneidergeschäft am Moritzring ein großer Vorrat moderner Herrenstoffe im Werte von etwa 7000 Mark gestohlen worden. Es handelt sich um gestreifte, karierte und einfarbige Anzüge, Mantel- und Jackettsstoffe für Sommer und Winter. Der Diebstahl ist scheinbar noch Winterzeit auf ganz raffinierte und sachdienliche Art ausgeführt worden. Die große Menge Stoffe muß jedenfalls auf einem Auto fortgeschafft worden sein.

Im Warteraum der Not

Die Wärmehalle der Arbeiterwohlfahrt im Volkspark

„Besucht die Wärmehalle der Arbeiterwohlfahrt im Volkspark!“ So steht jetzt wieder am Schwarzen Brett des Arbeitsamtes am Gleisort zu lesen. Die Arbeiterwohlfahrt hat, wie alle Jahre, in den Barackenräumen des Volksparks einen warmen Winterwarteraum für die Gewerkschaften geschaffen; und viele, die die Antrittestunden im Arbeitsamt geleiden haben, pilgern hinaus in den „Volkspark“ und fühlen sich in den warmen Räumen so wohl, daß sie täglich wiederkommen und neue Lebensgenossen mitbringen. Hier sind heute es nur 20 bis 30 Personen, die sich täglich einfinden.

Heute sind es fast 120 bis 150 und mehr.

Die den über 200 Personen fassenden Raum täglich besuchen. Und man kann den regen Zutritt durchaus verstehen. Wie wohlig warm wird einem da, wenn man aus dem kaltesten Januarwindtag hineinkommt in diese kisten, freundlich ausgestatteten Räume. Große eiserne Leisten spenden die wußige Wärme, und der auch noch innerer Aufwärmung bedarf, der kann sich mit Kaffee oder Kaka mit Bräutchen für 5 Pf. versehen.

Man sieht alle Altersstufen in dieser Wärmehalle vertreten, vom arbeitenden Jugendlichen bis zum ergrauten Familienvater. Sie alle verbleiben sich an den großen schönen Holzstühlen so gut es eben geht die Zeit. Die einen drücken ihren Dauerlat, andere lesen in den ausliegenden Zeitschriften und wieder andere diskutieren über politische Fragen — natürlich ja nicht! Nicht wie es während der Offenhaltung der Wärmehalle zu Störungen gekommen. Dieser Warteraum, der vom Arbeitsprophet ausgeplant, die hier auf den Anblick an die Zeit warten, ist vielen schon zur zweiten Heimat geworden.

Man hört es aus den Straßen

Die einzelne durch das ständige Jagdmetreffen schon befreundete Erwerbslose miteinander über ihr Los führen. Man tauscht ja so gern gegenseitig seine Sorgen aus, wohl oft nur aus dem Bedürfnis, sich teilen zu können, daß es dem anderen noch schlechter geht und um daran einen schmalen Trost zu haben. Da ist es schon ergrauter Familienvater. Drei Jahre ist er schon mit ganz kurzen Unterbrechungen arbeitslos — der Sohn teilt das Los

des Vaters nur auch schon über ein Jahr. Nun hat man auch die Tochter, die bisher mit ihrem schmalen Verdienst die Familie unterhielt, vor einigen Wochen entlassen. Die ganze Familie ist ausgegliedert aus dem Arbeitsprophet, fühlt sich wie außer halb des Lebens stehen. „Am liebsten wandert der alte Mann den Weg nach dem „Volkspark“, um hier meistens einmal ein anderes Bild und andere Menschen zu sehen, als in den vier kalten und kalten Wänden zu Hause. Und da ist ein junger 15-jähriger Mann, der schon seit Beendigung seiner Lehrzeit arbeitslos wurde und seitdem nicht wieder in den Arbeitsprophet kam. „Sie können sich nicht denken, was es für unheimliche heißt, nicht arbeiten zu dürfen!“ sagt er erbittert. Aber der Junge scheint noch einer von den Glücklichsten zu sein: er verwendet seine Zeit darauf, sich in seinem Beruf wie in seiner Bildung weiterzubilden. Aber was nützt das alles, wenn man keine regelmäßige Tätigkeit hat? Der alte und der junge Arbeitslose, sie sind wohl die am schlimmsten vom Schicksal Betroffenen.

Einige Wünsche der Erwerbslosen

Frauen lassen sich in dem Raum nur wenig sehen. Sie haben je meist auch im Hause zu tun. Aber immerhin wäre es auch erntet am geschaffen werden könnte. Tringend notwendig ist Hilfe jedoch in der Mangelhaftigkeit der ausliegenden Literatur. Die Zeitschriften und wenigen Bücher sind schon so abgegriffen, daß sie weiter mehr lesen mag. Die Arbeitslosen sind so gezwungen, sich selbst Bücher mitzubringen. Jeder Parteigenosse sollte daher mal in seinem Bücheregal nachsehen, ob er nicht dies oder jenes geeignete Buch oder die und jene geeignete Zeitschrift zur Auslage in diesen Warterräumen entleihen kann. Die Arbeiterwohlfahrt wird ihm dafür sicher Dank wissen. Bietet wäre es sogar auch möglich, ein Kaffeegebräu für diese Wärmehalle zu beschaffen. Unter den Arbeiter-Redakteuren dürften doch zweifellos einige Dichter sein, die für wenig Geld hier etwas schaffen könnten, was die an sich schon gewaltige Arbeit der Arbeiterwohlfahrt noch weiter erleichtern würde.

SPD., Ortsverein Halle

In dieser Woche finden folgende Ortsvereinungsveranstaltungen statt:

Donnerstag, den 7. Januar, abends 8 Uhr:

- 5. Ortsbezirk: Gewerkschaftsabend, Gatz.
- 10. Ortsbezirk: Godes Bierstube, Jakobstraße.
- 11. Ortsbezirk: Restaurant Leuchte, Wilmbergstraße.
- 13. Ortsbezirk: Restaurant „Zum grünen Winkel“, Ludwigsplatz.
- 15. Ortsbezirk: Restaurant „Schreibergarten Süd“.

Freitag, den 8. Januar, abends 8 Uhr:

- 3. Ortsbezirk: „Volkspark“, Burgstraße.
- 4. Ortsbezirk: Kell. Kloppe, Dardenbergstraße.
- 6. Ortsbezirk: Müller's Hotel, Magdeburger Straße.
- 7. Ortsbezirk: Restaurant „Wagelstraße“.
- 14. Ortsbezirk: Restaurant „Wagelstraße“.

Tagessordnung in allen Versammlungen: Neuwohl der Ortsbezirksvorstände, Vorträge zum Dornschneid, Frauenausgleich, Bildungsausschuss. Die Mitglieder werden ersucht, in diesen Versammlungen pünktlich zu erscheinen.

Göhre verhaftet

Wie die Justizpressestelle mitteilt, ist der Oberstaatssekretär Göhre, den man bekanntlich am Mittwoch, den 9. Dezember, im Treppenhause des Jugendamts mit einem Pfeifferschloß überverletzt auffand, aus dem Krankenhaus entlassen und sofort in Untersuchungshaft überführt worden.

Wie sich während der Genesung Göhres herausstellte, sind tatsächlich Urteile in Höhe von 1500 Mark festgesetzt worden. In einem Fall wurde eine Privatperson um 1500 Mark geschädigt, als deren Pfleger Göhre bestellt war. Außerdem hat er sich offenbar weiterer Verletzungen zum Schaden der Stadt schuldig gemacht, die höhere Beträge erreichen dürften.

Göhre ist über die mütterliche Schussfrage mehrmals politisch befragt worden und hat dabei die widersprechendsten Angaben gemacht. Sicher hat er den Schuß selbst beigebracht oder er ist ihm auf Verlangen von einem Bekannten beigebracht worden — was insofern wahrscheinlich ist, als die Waffe nicht bei ihm gefunden wurde. Die eigentlichen Vernehmungen werden nun jetzt während der Zeit der Untersuchungsdauer erfolgen. Wir werden

darüber berichten, sowie die Vernehmungen Klarheit in den immer noch mysteriösen Fall gebracht haben.

Arbeits- und wirtschaftswissenschaftliche Vorträge

Wie schon mitgeteilt, finden in den nächsten Wochen eine Reihe arbeits- und wirtschaftswissenschaftlicher Vorträge, veranstaltet vom Institut für Arbeitsrecht, an der Universität Halle statt.

Die erste Reihe der Vorträge, die in dem Sammelbegriff „Die industrielle Konzentration und die Stellung des Arbeitsmarktes in Produktionsprozessen“ zusammengefaßt ist, beginnt bereits am kommenden Sonnabend, dem 9. Januar. Es spricht zuerst (17 bis 18 Uhr) Prof. Dr. Goetz Griess (Berlin) über „Die Zusammenhänge der Industrie mit dem Krieg“. Am nächsten (18 bis 19 Uhr) spricht Prof. Dr. Federer (Berlin) über „Technischer Fortschritt, Rationalisierung, Betriebskonzentration und Arbeitslosigkeit“.

Am darauffolgenden Sonnabend, dem 16. Januar, spricht von 17 bis 18 Uhr Prof. Wald (Berlin) über „Die Stellung des Arbeitsverhältnisses unter dem Einfluß der industriellen Konzentration“ und anschließend (18 bis 19 Uhr) Prof. Dr. Jahn (Halle) über „Industrielle Konzentration, gesellschaftliche Schichtung und Entwicklung der Klassenorganisationen“.

Die zweite Reihe (drei Vorträge) befaßt sich mit dem Thema „Die öffentliche Unternehmung in der neueren Wirtschaftsgeschichte“. Dort sprechen am 23. Januar, 17 Uhr, Prof. Dr. Seemann (Darmstadt), am 6. Februar, 17 bis 18 Uhr, Prof. Dr. Jahn (Halle) und 18 bis 19 Uhr Prof. Dr. Giesecke (Berlin).

Die dritte Reihe (fünf Vorträge) umfaßt „Das Arbeitsrecht und die Wirtschaftsentwicklung“. Dazu spricht am 30. Januar, 17 bis 18 Uhr, Prof. Dr. Goetz (Halle) und 18 bis 19 Uhr, Gewerkschaftssekretär Wärfel (Berlin), am 27. Februar, 17 bis 18 Uhr, Verbandssekretär Kößinger (Berlin), 18 bis 19 Uhr, Geschäftsführer Dr. Erdmann (Berlin). Den letzten Vortrag hält dann am Montag, dem 29. Februar, 18 bis 19 Uhr, Ministerialdirektor Dr. Götter (Berlin).

Sämtliche Vorträge finden im Auditorium maximum der Universität im Melanchthonianum statt. Die Dörgebüch für sämtliche 12 Vorträge betragen 6 Mark, für den Einzelvortrag 1 Mark. Teilnahmekarten können beim Institut für Arbeitsrecht, Unterföhrstraße 8, bestellt werden oder persönlich in der Zeit von 9 bis 13 und von 15 bis 18.30 Uhr entnommen werden.

Unsere Angebote in **Mädchen- und Knaben-Kleidung** übertreffen alle Erwartungen

INVENTUR AUSVERKAUF

ZeitgemäÙe gewaltige Preisherabsetzungen!

Netto Barverkauf / Kein Umtausch

WOLFF

8 CO-AG-HALLE % GROSSE STEINSTR 86/87-MARKT 21

Notverordnung und Gewerkschaften

Bezirkskonferenz der Bergarbeiter Mittelsdeutschlands

Der Bezirk Halle des Verbandes der Bergbauarbeiter Mittelsdeutschlands hielt am vergangenen Sonntag eine außerordentliche Funktionskonferenz im Volkspark zu Halle ab.

lei und auch so durchgeführt werden mußte. Im Reichsarbeitsministerium wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, daß bei Berücksichtigung der Tarifparteien, die unter den Sagen der Notverordnung lagen, nichts unternommen würde.

Die Besetzung für die Arbeiter tritt durch den arbeitsschaffenden Teil der Verordnung ein. Gemäß nicht alle Forderungen der Unternehmer auf tarifrechtlichem Gebiete durchgeführt werden.

Wir müssen deshalb alle unsere Kräfte zusammenfassen, um den Forderungen der Unternehmer auf Verhinderung unserer Tarifautonomie in der Vergangenheit zu begegnen.

Erlaß im Kohlenbergbau nach dem Stand von 1927 herabgesetzt werden. Diese Ausnahmestellung ist deshalb ein großes Unrecht gegenüber den Bergarbeitern.

Der Kommerzienrat Abendroth behandelte die sozialpolitischen Änderungen, die die Notverordnung für die Anpassungsverhältnisse bringt. Auch hier sind wesentliche Eingriffe erfolgt.

Die Notverordnung für den Kohlenbergbau von 1927 aufgehoben ist. Durch diese Bestimmung können infolge dessen die Preise für die Kohlenbergbau von 1927 aufgehoben ist.

auf Grund der herabgesetzten Erlöse eine Reueinstellung der Bergleute.

Schlimme Folgen des Hochwassers

Feuerwehr und Reichswehr müssen retten

Das fließende Witterungsumschlag und das Regenwetter (Annoberg) haben in den letzten 25 Stunden, der Niederschlag 71 Millimeter überfallen, haben zur Folge gehabt, daß fast alle Flüsse des westlichen und südlichen Ergebirges Hochwasser führen.

hat sich im Laufe des Monats weiter ausgedehnt. Der Verkehr ist eingestellt. Das Gelände bei Worsum gleicht einem riesigen See.

In Elsdorf haben die Wassermassen die Verbindung zwischen dem einzigen Ortsteil unterbrochen und die elektrische Leitung geschnitten. Mehrere Nachrichten liegen aus Frankenberg und Wittweber vor.

Geleite der drei Braunkohlens-Harbungs Anlagen bei Boersum 300 bis 400 Meter zurück in den Luft, weil der Damm weggeschwunden wurde.

Berichte schwere Ruherente auf den Brücken im Stadtebiet als ein weiteres Unheil.

Mit Montag früh im Unstadium Boudou ein Transformator eingeschaltet wurde, entlang, da gleichzeitig auch die Fernleitung von Schmornitz unterbrochen wurde.

Wenden für die Bevölkerung wurde teilweise Bedenken hervorgerufen. Die Feuerwehr hat in vier überhöhenmitten Umgebungen vielfach Wasserposten eingesetzt, um Menschen und Vieh aus dem vom Wasser umfluteten Gebiet zu retten.

Die Notverordnung, die im letzten beiden Tagen um 70 Zentimeter gesunken. Auch ihre Nebenwirkung führen Hochwasser. Das Gebiet ist für den Verkehr in den meisten Fällen eingestrichelt. Feuerwehr und Reichswehr müssen in einer großen Zahl von Fällen den Wasser aus überhöhenmitten Gärten mit Röhren herausheulen.

Die Lebensgemeinschaft bei Boersum im Braunkohlensgebiet hat sich im Laufe des Monats weiter ausgedehnt. Der Verkehr ist eingestellt. Das Gelände bei Worsum gleicht einem riesigen See.

Im die Zukunft von Wliraphon. Nach dem Zusammenbruch des Reichsmitteltoners wurde die Produktion der Wliraphon-Schallplatten von der Clauspöhle GmbH übernommen und fortgeführt.

Berliner Theater

Ins Berlin wird uns geschrieben: Kaum eine Lärche bietet eine einträglichere Illustration unserer Kultur als das gegenwärtige Wirtschaftstiefen bedingten Kultur als die bescheidenste Schilferung der preussischen Staatskultur in Kasse und Wiesbaden.

Manfred Sulzitz. Eine eigenartige Oper konnte natürlich die Vertonung des in einem epischen Wahren sich abrollenden Dramas von Goethe, Zugenbrunn und Rang nicht werden.

Die letzten Neuheiten der Berliner Theater sind nur ein paar musikalische Werke vornehmend. Die Schachoper Sacher's dramatisches „Das Herz“ von Hans Pfitzner heraus.

Witzweidling im einzelnen. Die Schachoper Sacher's dramatisches „Das Herz“ von Hans Pfitzner heraus. Pfitzner ist sicherlich im zeitgenössischen Schaffen eine der überragenden, freilich in ihrem Zweipol sich erheben und beinahe auch tragischsten Künstlerpersönlichkeiten. Bei seiner letzten Schöpfung ist er dem drein durch ein Ergebnis von Wohl (Wahns) noch außerdem romantischer Operntheater und einer in ihrer Bräutlichkeit abstoßenden Geduld bekommt.

Die „Nothilfe“ der Rundfunkgesellschaft

Ein Rundfunkführer schreibt uns:

Die Rundfunkführer werden mit Erläuterungen vernommen haben, daß die bekannte Sängerin Gitta Alpar deshalb bei der Besetzung des Berliner Rundfunks nicht berücksichtigt wurde, weil man ihr für eine Leistung von 15 Minuten nicht mehr entlohnte, weil man sich für eine Leistung von 1000 Mark belächelte, sondern nur bereit war, 650 Mark zu zahlen.

Sollung Notwendigkeit zu befürchten. Und das sieht fest, daß Tausende und aber Tausende von Künstlerinnen vernachlässigt sind, die bereit sind, für weit weniger als die Preise zu arbeiten.

Wir haben niemals den Standpunkt vertreten, daß der Gewerkschafts-Löhne oder Gehälter drücken darf und werden uns entgegen wehren, wenn die heutige große Arbeitslosigkeit, die auch unter den Künstler herrscht, dazu benutzt würde, normale Gehälter und Honorare herabzudrücken.

Die Rundfunkführer aber, deren größter Teil heute hart mit dem Leben zu ringen hat und darauf besteht, daß angeht eines dauernden Gehalts- und Lohnabbaus auch die Ausgaben gesenkt werden und darum beschränkterweise

fordert, sollten laut und öffentlich gegen die unerhörten hohen Honorarforderungen wie -schlungen protestieren, denn man kann wohl annehmen, daß der Fall der Gitta Alpar nicht bereinigt best. W. Kü.

Leipzig Rundfunk-Programm

19:30: Rundfunkmusik. 19:30: Nachrichten. 19:35 bis 8:00: Zeit der Hausfrau. 19:45: Ertel, Hildebrandt und Schneider. 19:50 bis 18:40: Musik. 19:55: Nachrichten. 19:55 bis 18:40: Ertel, Hildebrandt und Schneider. 20:00 bis 18:40: Ertel, Hildebrandt und Schneider.

Königsbrunnhaus

19:30: Nachrichten. 19:35: Rundfunkmusik. 19:35 bis 8:00: Zeit der Hausfrau. 19:45: Ertel, Hildebrandt und Schneider. 19:50 bis 18:40: Ertel, Hildebrandt und Schneider. 20:00 bis 18:40: Ertel, Hildebrandt und Schneider.

in der Doppelrolle des Entschliffenen „Kina“ von Bruno Franz. Die begabteste der Darsteller, die hier mannierebene Entschliffenheit und eine überaus lebendige, leicht verständliche Darstellung, neben der ausgezeichneten Vertonung der Opernkomponisten, welche imhineinnehmend unbedeutende Komödie von der Fiktion und ihrer Doppelgängerin erträglich. Daß freilich dieses Stück auch ohne eine solche Hauptdarstellerin einen großen Erfolg im großen Reich gelangt, beweist, daß es in der Unterhaltungs- und Bühnenwelt, gerade so, wie ihre erste Zeit so charakteristisch ist.

Hallisches Stadttheater

Am kommenden Donnerstag gastiert Subwig Wüller, der dem hallischen Publikum von vielen Vorstellungen her bekannt ist, als „Achtzig Vier“ in Schauspielers Trauerspiel im Stadttheater. Der Vorverkauf hat bereits begonnen.

Erfolgskündigung der „Blume von Satal.“

Freitag findet im Stadttheater die Erfolgskündigung der letzten Operette von Paul Abraham „Die Blume von Satal“ statt. Unter der musikalischen Leitung von Walter Trautenberg und der Spielleitung von Paul Seitz wirken mit die Damen: Marion Kaufmann, Ellen Wigner und Ilse Weiß, die Herren: Erik Weisbach, Emil Friedrich, Erik Schmidt, Walter Rathenow, Fritz Weiß, Otto und Bruno Kriebmann. Bühnenbild: Heinz Wehrens. Tanzleitung: Wilma Kraatz.

Einzelkonzerte als Späthilfe.

Des III. Einzelfunkonzert am 10. Januar (Leitung: Generalmusikdirektor Erik Bohl) findet als „Späthilfe“ statt und eröffnet damit den Reigen der funktivistischen Veranstaltungen. Das im Gedächtnis an der 20jährigen Gedächtnis des Meisters im Jahre 1932 gewidmet sind. Das Programm bringt zwei Sinfonien: die wohl populäre von allen in G-Dur (mit dem Baisonglied) und als Auftaktführung eine neu herausgegebene in A-Dur, deren Bragg von ganz besonderer Zauber ist. Die Sinfonien des Stadttheaterorchesters dirigiert (Einleitung) Rieck (Goll), Friedberg (Dobe), Karl (Dagott) bezeichnen sich zur Wiebergabe der Sinfonia concertante B-Dur mit Orchester. Der Sinfonistkomponist Gollmann und sein Gehör durch einige seiner entzückenden, wenn bekannt „Sinfonischen Werke“ für Solostimmen mit Triobegleitung und drei bis vier Solistgruppen für Sopran, Alt, Tenor, Bass und Fagott. Den gleichzeitigen Text haben (Gollmann) Grollmann, Franz Althoff, Alfred Grüninger und Karl Nörmer von der hallischen Parte übernommen.

Originaler und herbeigekochter ist das in der Stadttheater Oper herausgebrachte musikalische Drama „Solatia“ von

Frau Pfeiffer ist zu wünschen auf der Sprechweise gelandet und begeistert gegenwärtig im Deutschen Künstlertheater im Publikum

Schiffe, die gehoben werden sollen

Arbeit auf dem Meeresgrund Der Nachkrieg um die deutsche Kriegsstotte

Die englische Bergungsfirma, die die vor Capes How verlorene deutsche Kriegsstotte heben wollte, hat ihre Absichten vorläufig eingestellt.

Wien, 2. Die verlorene Stotte, eines der schönsten Märchengebilde aus Rindheutagen, liegt in einer realistischen Form Wirtlichkeits zu werden. In unserem Zeitalter der Technik geht man daran, die Schiffe, die auf dem Meeresgrund liegen und von denen die Chroniken berichten, zu heben und sie für die Nachwelt nutzbar zu machen. Am Remi-Cee wird dem Grundschlamm ein Raiferstoff aus atomischer Zeit entzogen. An der spanischen Küste, im westlichen Golf, an den alten holländischen Fahrtrassen des Nordmeeres sind vier über 1000 Tausend und Heberarbeiten am Werke, um die vier Jahrhunderte verlassenen Schiffe ganzer Schiffsläute wieder zu heben.

Einer der bekanntesten Versuche wird unmittelbar an der holländischen Küste unternommen. Seit 100 Jahren verläßt man dort eine alte Goldstolle zu heben, um sich in den Besitz der Goldbarren von mehreren Millionen Mark zu setzen.

Diese Armada geleitet einst von Mexamerica herüber, um die Trefoer der Wunders von Holland mit frischem Golde zu füllen. Unter den Augen der eigenen Flotte verläßt die Flotte in den Sitten

Seiffert in der Fischschiffswater? Auf der Spur des flüchtigen Banditführers

Der Direktor der zumammengedrohenen Berliner Bank für Handel und Grundbesitz, Seiffert, der seit dem Zusammenbruch der von ihm und dem wirtschaftsparteilichen Abgeordneten des preussischen Landtags Adendorff geleiteten Bank flüchtig ist, dürfte nach den neuesten Ermittlungen der Polizei und der Staatsanwaltschaft kaum, wie bisher vermutet wurde, Selbstmord begangen haben. Es sprechen eine ganze Reihe von Umständen dafür, daß Seiffert sich in der Fischschiffswater verbergen hält.

Eine neue Bekämpfung für die Anhaltspunkte sehen die Untersuchungsbehörden auch in einer Reise der Frau Seiffert. Vor Weihnachten erfuhr die Berliner Polizei, daß sich Frau Seiffert während der Weihnachtsferien aus Berlin entfernen wollte. Auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts wurde daraufhin die Geiseltische Villa in Lichterfelde umstellt und Tag und Nacht beobachtet. Keine Zeit vor Heiligabend erkannte sich Frau Seiffert aus der Wohnung und fuhr mit einer Drosetzke zum „Anhalter Bahnhof“. Die Kriminalbeamten lieferten sofort hinter ihr her, nahmen im gleichen Zug wie Frau Seiffert Platz und beobachteten sie unangeführt. In Dresden verließ Frau Seiffert den Zug vorläufig, weil sie sich krankheitsfühle. In der Nähe der Stadt bei Weinböhla besuchte sie dann eine ihr bekannte Familie, die eine große Spargelpflanzung besitzt. Da ihre Beobachtung auf diesem weiten Spargelfeld unmöglich war, wurde ihr aufgegeben, sich dreimal täglich bei der Ortopolizei zu melden. Die Untersuchungsbehörden sind überzeugt, daß Frau Seiffert nach der Fischschiffswater reisen wollte und nur durch die Vermutung, daß sie beobachtet werden würde, von diesem Plan in letzter Minute abgehalten worden ist.

Der aufgezogene Wochens. Dreimal haben dort erfolgreiche Taucherpeläge unternommen. Das große Kapital, das in diese Unternehmungen investiert wurde, hat sich stets gelohnt. Man schätzte, daß bisher etwa 3 1/2 Millionen Goldmark geborgen worden sind. Jetzt hat eine Gesellschaft die Taucherpeläge wieder aufgenommen, um den letzten und größten Teil des verlassenen Schatzes zu heben.

Vor einigen Jahren wurde ein anderes Experiment gemacht. Hoch oben, an der schottischen Küste, in der Bucht von Capo-Siom, liegt die deutsche Kriegsstotte auf dem Meeresgrund. Nach dem Waffentillstände wurden die Großkampfschiffe ausgeliefert und in Capa-Siom interniert. In der öden und stillen Bucht sollten die Schiffe jahraus, jahrein sich mit den Gezeiten um ihre Ankerketten drehen.

Der deutsche Oberkommandierende Admiral ließ in einer Nacht die Bodenentleerung der Schiffe öffnen und die ganze Stotte verankert laut- und reifungslos in den Finzen. Die Mannschaft hatte sich vorher in Sicherheit gebracht. Abgehoben von dem politischen Folgen dieser Tat, entließ ein ungeheurer Meeressturm. Jedes dieser verlassenen Großkampfschiffe war eine schwebende Insel, eine kleine Stadt für sich.

Am Kriegstage hatte die großen Minierschiffe und Panzerkreuzer durchschnittlich 1000 Mann Besatzung und jedes verfügte über Räumlichkeiten, die in ihrer Vielfalt und Wirrnis an das Durcheinander eines Großkaufhauses erinnern.

Es mag den Velen unnötig erscheinen, Pläne zu erörtern, diese verlassenen Stotte zu heben, um die Millionenwerte irgendwie nutzbar zu machen. Denn die Schiffe sind durch die Strömung völlig verdriftet und es kostet ungeheure Summen, auch nur eines davon zu heben. Man muß sich aber den Plänenmaterialwert vorstellen, um die Bedeutung der Heberarbeiten erkennen zu können. Von den 32 Großkampfschiffen, die in Capa-Siom verankert worden sind, hatte jedes einen durchschnittlichen Herstellungswert von rund 50 Millionen Mark. Ja, die zwölf Schiffe der Kaiser- und Königsflotte, die größten Minierschiffe, über die die ehemalige deutsche Kriegsstotte verfügte, repräsentieren jeweilige Bauwerte von 60 bis 70 Millionen Mark. Und die großen Panzerkreuzer, die erst im Krieg fertiggestellt wurden, kosteten jeder 80 Millionen Mark. Die Schiffe waren nicht nur mit den modernsten Kriegsgeschützen, sondern auch mit hochwertigen Turbinen und Kesselanlagen, nachlässigen Ölen und Signalanordnungen versehen. Die Gaderfähigkeiten der heutigen Minierschiffe schätzen nach den ersten Bergungsarbeiten den heutigen Materialwert der Schiffe auf rund 3 Milliarden Mark. Der tatsächliche Wert der Schiffe beträgt 1 1/2 Milliarden Mark. Die Firma, die die Konfession zur Hebung der Kriegsstotte erworben hatte, ver sprach sich allein durch Abwracken und Verschrotten einen Millionenenerlös.

Die Heberarbeiten stießen auf große Widerstände. Viele Schiffe waren gefenert, die sie ganz verlorne. Manche hatten sich so leichtig gelockt, daß erst umfangreiche Tauch- und Schweißarbeiten notwendig waren, um überhaupt mit den eigentlichen Vorbereitungen der Hebung beginnen zu können, und wieder andere waren so verdriftet, daß man kaum an die Schiffstörper heran kommen konnte.

Dabei lagen die Schiffe in Meeresfluten, die auch die Taucherpeläge ungeheuer erschweren und verteuern. Unsere heutigen

Tauchvorrichtungen, soweit sie zur praktischen Arbeit unter Wasser wirklich benutzt werden können, lassen ein längeres Verweilen nur in verhältnismäßig geringen Tiefen zu — eine neue Erfindung eines österr. Tauchers soll diesen Zustand allerdings ändern. In Capa-Siom liegen die Schiffe so unglücklich, daß eine ziemlich große Zahl Taucher an vielen Tagen Wechsellagern tätig sein mußte, um die ersten Vorbereitungen zum Heben der Schiffe treffen zu können. Bei den dort vorhergehenden Meeresströmungen und den Tiefen war ein längeres Verweilen unter Wasser unmöglich.

Um die Schiffe zu heben, mußten in erster Linie die Deckungen der Bodenentleerung geöffnet werden, dann wurden große Hebelwerke verankert und mittels an den Schiffstörpern befestigt. Hatte man Trassen und Ketten in genügender Zahl unter die Schiffstörper gegeben, so pumpt man die Tanks leer und hob so allmählich die fliegenden Schiffskörper an die Oberfläche. Welche Lasten dabei zu bewältigen waren, erhellt daraus, daß die Schiffe bis zu 40 000 Tonnen Wasserdrängung hatten und infolgedessen ebenso schwer waren.

Eines der ersten Großkampfschiffe, das gehoben wurde, war der ehemalige Panzerkreuzer „Hindenburg“. Das Schiff war vorwiegend ein Kriegsschiff und hatte nicht weniger als 89 Millionen Mark gekostet. Als es verankert wurde, hatte es noch nicht drei Jahre auf See gefahren.

Nachdem es geborgen und abgehängt wurde, stellte sich heraus, daß durch die Einwirkungen des Seewassers, Liebesabens usw. der Erds für das Verschrotten nur um ein geringes höher war als die Kosten — für die Hebung. Aus diesem Grunde wurden vorläufig die Bergungsarbeiten abgebrochen, und die Gesellschaft verzichtete auf die Konfession zur Verfrachtung der gesunkenen Stotte. So wird also „Deutschlands Zukunft“, wie Wilhelm II. die Kriegsstotte bezeichnet hatte, auch weiterhin unter Wasser liegen müssen, bis die Zeit gekommen sein wird, wo es mit neuartigen Tauch- und Hebemitteln gelingen wird, auch diese letzten Reste einer verlassenen Zeit zu bergen. W.S.

Erfolg der finnischen „Raffen“

Seiffert, 4. Januar. (Eigenbericht.)

Das Abstimmungsergebnis über die finnische Prohibitions-gesetzgebung liegt jetzt aus 99 Proz. aller Wahlbezirke vor. Der Ausgang der Abstimmung bedeutet einen großen Erfolg für die „Raffen“. Sie brachten es auf rund 800 000 Stimmen, während die Anhänger der Prohibition nur rund 200 000 erhielten.

Für 800 Millionen versteigert!

In Paris verstarb der bekannte Auktionator Clair-Dubreuil, der im Laufe seiner dreißigjährigen Tätigkeit für etwa 800 Millionen Mark Kunstwerke und Juwelen versteigert hat. Clair-Dubreuil führte in den letzten Jahrzehnten fast alle wichtigen Pariser Versteigerungen durch. Er gab u. a. für fast zwei Millionen Mark den Zuschlag für das Perlenabband der Frau des Präsidenten Thiers.

Insolvenzen um 15 Proz. gestiegen

Am Dezember wurden 1150 Konkurse (gegen 1183 im November) und 848 Vergleichsverfahren (gegen 896) gemeldet. Im Jahre 1931 betrug die Konkurszahl insgesamt 13 304; die Zahl der Vergleichsverfahren betrug 8268. Die Gesamtzahl der Insolvenzen lag 1931 um etwa 15 Proz. höher als 1930.

Die am 31. Dezember 1931 abgelaufene Zeichnungsfrist für die steuerfreie Reichsbahnanleihe ist bis zum 1. Februar 1932 verlängert worden.

Rückgang des Güterverkehrs

Der Güterverkehr der Reichsbahn zeigte im November gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres einen Rückgang von 11,74 Proz., und gegenüber November 1929 sogar von 20,18 Proz. Der Personenverkehr ist ebenfalls weiter gesunken. Die Güterverkehrszahlen zeigen mit 290,1 Millionen einen Rückgang nicht verzeichneten Tiefstand; der Einmännigkeit im Personen- und Gepäckverkehr betrug gegenüber November 1930: 19,7 und gegenüber November 1929 25,4 Proz.; beim Güterverkehr liegt eine Einmännigkeit um 17,9 bzw. 38,7 Proz. vor. Die Gesamtausgaben betrugen 384,55 Millionen. Sie sind durch die Einnahmen nicht entfernend gedeckt. Die seit Beginn des Jahres 1931 durch Betriebsmaßnahmen nicht gedeckten Ausgaben betragen Ende November 401 Millionen Mark. Gegenüber Oktober war im November die Beschäftigtenzahl von 675 681 auf 663 463 Personen verringert.

Erfolg der Konsumgenossenschaften

Die Konsumgenossenschaftliche Bewegung, die vom 8. bis 15. November vorigen Jahres veranstaltet wurde, hatte trotz der Schwere der Wirtschaftsverhältnisse ein erfreuliches Ergebnis. Dieser läßt sich überlegen, daß 33 400 neue Mitglieder bei einzelnen Vereinen gewonnen worden sind. Die Werbeveranstaltungen liefen aber noch nicht abgeflissen. Neue nicht unerhebliche Mitgliederzunahme dürften noch erwartet werden.

Kommunistisches MdR. auf frischer Tat verhaftet

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Walter Franz aus Berlin wurde am Sonntag wegen Verleumdung gegen den Reichsaussenminister auf frischer Tat verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert. Dieser wurde nach drei anderen Kommunisten festgenommen. Die von ihnen angemeindete Verleumdungsveranlassung sollte als öffentliche Verleumdung durchgeführt werden. Es blieb jedoch bei dem Verdict, weil die Polizei sofort eintraf.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 4. Januar

Festere Grundtendenz

Am der Berliner Getreidebörse herrschte am Montag bei geringer Geschäftstätigkeit noch eine festere Grundtendenz. Das Strohobliet hielt recht feste. Vorratlich fand Strohobliet nur in sehr geringen Mengen zur Verfügung, der bei guter Auslastung der Mühlen zu dem höchsten Preis für diese Aufnahme fand. Auch Roggen war nur wenig angeboten. Da aber hier die Auslastung gering blieb, waren die Preise unbeeinträchtigt. Auch am Weizen der Getreidepreise zeigte sich zu Beginn der Preisveränderungen. Die im Verlauf der Woche noch festhalten. Es ergraben sich bei Schluss der Börse Preisveränderungen um etwa 1 bis 2 Mark. Die Weizenmärkte blieben sehr ruhig bei unveränderten Preisen. Auch Weizenmehl zeigte sich etwas festere Grundtendenz, während Roggenmehl nur in geringen Mengen Aufnahme fand. Dieser hatte ebenfalls festere Tendenz. Das Angebot war zwar nicht groß, jedoch hielt sich die Nachfrage in Grenzen.

| | 2. Januar (ab durchschnittlich 60000 in Markt) | 3. Januar |
|-------------|---|-----------|
| Weizen | 216-218 | 219-221 |
| Roggen | 185-187 | 185-187 |
| Weizenmehl | 151-154 | 151-154 |
| Roggenmehl | 148-150 | 148-150 |
| Getreide | 227-241 | 227-241 |
| Weizenmehl | 250-270 | 250-270 |
| Roggenmehl | 225-245 | 225-245 |
| Strohobliet | 9,25-9,50 | 9,25-9,50 |

Amliche Eiernotierungen

Preisnotierungen für Eier, festgestellt von den amtlichen Berliner Eierproduzentenvereinen am 4. Januar. A. Deutsche Eier, Eier, vollere, gefennelerte, über 60 Gr., über 60 Gr., 11,25, über 60 Gr., 10,25, über 60 Gr., 9,25; ungewaschene, kleine und Schmalzer 5,50-6,00. B. Ungewaschene: Büchsen über 12,75, 12,75-13,00, über 10,25, Schmalzer 6,00 Gr., 13, 60 bis 62 Gr., 10,75 bis 11,25, 57 bis 59 Gr., 10,50, letztere 8,50, Reiger 67 bis 68 Gr., 10,25, Schmalzer 7,50-8,00, Schmalzer 11,25-12,00; kleine Büchsen und Schmalzer 5,50. C. Um und ungewaschene: Schmalzer: Größe 7,50-8,25, normale 5,50 bis 6,00. D. Reiterer: Größe 6,50-7,00, normale 5,50-6,00. Die Preise verstehen sich für Stück in Verpackungen, einschließlich Verpackung und Eierkartons, ab Lager Berlin oder Berliner Umfassen. Witterung: kühler, tendenz: ruhig.

Die Schande von Brest-Litowf

Die Anklage gegen Pilsudski im Sozialistenprozess

Warschau, 4. Januar. (Eigenbericht.)

Die Verteidigungsrede im Brest-Litowf Prozess sind jetzt beendet worden.

Rechtswissenschaftler Pilsudski erklärte in seiner Schlussrede, daß die Behauptung der Anklage, von der angeblich verurteilten Brest-Litowf gegen die Regierung in Polen erst nachträglich, nach der Verschleppung der Oppositionsführer nach Brest-Litowf, formuliert worden sei. Der Beweis hierfür sei eindeutig erbracht durch die Anwesenheit Pilsudskis während der Forderung der Oppositionsführer in Brest-Litowf. In diesen Anwesenheiten seien den Anklageten als möglichen Verbrechen zur Last gelegt worden. Aber von einer Verschleppung sei überhaupt nicht die Rede gewesen.

Der Terror des Pilsudski-Regimes, zu dessen Redeförderung der Prozess habe dienen sollen, sei auf den Kampf des größten Teiles des polnischen Volkes gegen die besessenen Zustände in Polen zurückzuführen. Die Verurteilung werde in Polen mit Jähren getrieben. Die Staatsfinanzen werden ohne Kontrolle gehandhabt.

Die Gelegenheit sei gefunden und begeben. Die Wahlen seien zu einem Jauberjüngel geworden.

Die Freiheit der Presse bestünde nur in der Verbindung, daß sie schweige. Und die Gerichtsbarkeit sei in ihrer Unabhängigkeit bedroht. Ueber allem herrsche der Wille eines einzigen Mannes, der so viel Macht bestimme wie er wolle. Alle, die das Anrecht dieses Menschen darauf anzuzweifeln wagten, würden verurteilt. Aber die Frage sei mit der Zeit für das Pilsudski-Regime unauflösbar geworden. Er habe daher ein Bannverbot aufrechten müssen, um so habe Pilsudski nurbezug zur Kriegsmethode ge-griffen. Die Folge sei, daß das gegenwärtige Regime in Polen durch die Ehe charakterisiert werde: Wer nicht stofflich mit mir geht, der ist mein Feind, den muß ich vernichten.

Berechnung schloß seine Ausführungen, die auf die Anwesenheiten im Jagdquartier einen tiefen Eindruck hinterließen, mit den Worten: „Wenn Brest-Litowf eine Schandtat ist, dann möge das Gericht ein Triumph sein.“

Revidierung eines Nazi-Freispruchs?

Berufung gegen das Wuppertaler Schöffengerichtsurteil

Vor kurzem ging die Nachricht durch die Presse, daß das Wuppertaler Schöffengericht den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Heiler freigesprochen hatte, der wegen Verstoßes gegen das Republikverbot mit einem Strafbescheid über zwei Monate Gefängnis belegt worden war und Einspruch erhoben hatte. Heller hatte, wie auch das Gericht unterstellte, in einer Verurteilung in Barmen erklärt, alle preußischen und Reichsminister hätten sich von Barmat betrogen lassen; die Minister hätten nichts anderes zu tun, als sich die Taschen zu klopfen. Das Gericht habe ungenügend annehmen können, daß der Redner die amtierenden Minister im Zusammenhang mit Barmat habe nennen wollen, weil der Barmat-Skandal, als die Ausweierungen derselben fielen, bereits aufgedeckt gewesen sei.

Ministerpräsident Brauns und Minister Seegering, im Amt, die bereits amtierten, bevor der Barmat-Skandal aufgedeckt war und die an sich also von den Ausweierungen hätten betroffen werden können. Hierbei mußte man aber berücksichtigen, daß der Redner sich dieses Unstilles bei seinen Ausweierungen nicht bemerkt gewesen sei.

Dieses Urteil des Wuppertaler Schöffengerichts wurde sofort nach Bekanntwerden von weiten Kreisen der Presse als unbegreiflich bezeichnet, und es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß es nicht bei dem Freispruch bleiben könne. Die amtierenden Minister, Preussische Präsidenten mitteilt, hat der Staatsanwalt gegen das Urteil des Wuppertaler Schöffengerichts Berufung eingelegt, so daß der ganze Fall noch einmal zur Verhandlung kommen wird.

Allerdings seien auch heute noch Minister, insbesondere

